

Volksrecht

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für die Provinz Sachsen

Einzelpreis 15 Pf.

Halle (Saale), Dienstag, den 15. Januar 1946

57. Jahrgang / Nr. 12

Die ersten großen Blutopfer der Reaktion

Rosa Luxemburg

In diesen Tagen erinnert sich die sozialistische Welt der großen Revolutionarin Rosa Luxemburg, die am 15. Januar des unheilvollen Jahres 1919 von gedungenen Kriegeneknen der Reaktion ermordet wurde. Wir sehen in ihr nicht nur die klassische Rednerin und Führerin der sozialen Revolution sowie die uner müdliche Publizistin der internationalen Arbeiterbewegung, sondern vor allem auch die Frau von reiner Menschlichkeit und tiefem Mitgef ühls, die in den Herzen der Arbeiter unvergessen bleiben wird.

Rosa Luxemburg wurde am 5. März 1870 in Zamosc im Gouvernement Lublin des ehemaligen Russisch-Polen geboren. Schon auf dem Gymnasium studierte sie fleißig die sozialistische Literatur. Als junges Mädchen schrieb sie talentvolle Novellen, schloß sich frühzeitig der ersten größeren sozialistischen Organisation Polens, der Organisation „Proletariat“, an, in der auch deutsche sozialdemokratische Einflüsse vertreten waren. Infolge ihrer aktiven sozialistischen Propagandätätigkeit mußte sie ins Ausland emigrieren, sie ging in die Schweiz um hier auf der Zürcher Universität erst einmal ihre nationalökonomischen Studien fortzusetzen. Gemeinsam mit den auch in Deutschland bekannten Genossen Adolf Waski, Julian Karaski u. a. gründete sie die Sozialdemokratie Russisch-Polen und war in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts hauptsächlich mit der Begründung des marxistischen Programms der polnischen Arbeiterbewegung beschäftigt. Nach Beendigung ihrer Universitätsstudien erwarb sie durch ihre Ehe die deutsche Staatsangehörigkeit und kam nach Deutschland, um hier mit gediegener wissenschaftlicher Ausrüstung eine weitreichende agitatorische und publizistische

die dunklen, unruhvollen Tage des Januar 1919 kamen, wurde Rosa Luxemburg zusammen mit Karl Liebknecht und Wilhelm Pieck in der Wohnung eines Genossen in Wilmersdorf von Angehörigen der sogenannten Bürgerwehr verhaftet und zum Edenhotel am Zoo, dem Stabsquartier der Gardeschützen-Division, geschleppt. Von dort aus sollten beide nach kurzem Verhör getrennt zum Untersuchungsgefängnis Moabit gebracht werden. Auf diesem Wege wurde Rosa Luxemburg in der Nacht vom 15. auf den 16. Januar von einer entmenschten Soldateska ohnmächtig geschlagen und im Auto durch einen Schuß ge-

tötet. Die Leiche ließ der Oberleutnant Kurt Vogel in Nöcker Corneliushütte in den Landwehrkanal werfen. Erst nach Wochen konnte sie geborgen werden.

Unsere Väter, die zu Füßen Rosa Luxemburgs gesessen haben und denen sie als Lehrmeisterin des Marxismus mit der tiefen Glut ihres beredeten Wortes und mit kristallklarer Gedankenscharfe das geistige Rüstzeug für den Befreiungskampf der Arbeiterschaft schmiedete, verehren in ihr zugleich die kompromißlose Kämpferin gegen Junkertum, Imperialismus und Militarismus. Die jüngere sozialistische Generation sieht, über alle trennenden Historismen hinweg, in ihr die Bannerträgerin der sozialen Revolution, die stärkste Vertreterin der Internationalität der Arbeiterbewegung.

Walter G. Oschilewski

seinen Namen weit über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannt gemachten. Wenige Jahre später wurde er 1907 als einer der ersten Sozialdemokraten in das preussische Dreiklassenparlament gewählt. Dort fielen fünf Auftritten unter der Meute der preussischen Junker eine besonders wichtige politische Aufgabe zu. Diese wenigen Sozialdemokraten in dem reaktionären Karpatenreich haben zweifelnd den Blick der gesamten deutschen Arbeiterschaft auf sich gezogen.

Schon in diesen Jahren stand Karl Liebknecht auf dem linken Flügel der Sozialdemokratischen Partei. In seiner Stellung zum Militarismus und in den stürmischen Debatten über den Massenstreik, der damals in das Arsenal des politischen Kampfes einereicht worden ist, nahm er mit Rosa Luxemburg und wenigen anderen eine besonders entscheidende Stellung ein. Sein antimilitaristischer Kampf brachte ihm den ersten großen Konflikt mit den herrschenden Mächten im Reich. 1907 wurde er des Hochverrats angeklagt, weil er in seiner Schrift „Militarismus und Antimilitarismus“ antimilitaristische Propaganda getrieben habe. Er wurde zu anderthalb Jahren Festung verurteilt, die er im schlesischen Gebirge, in Glatz, zu verbringen hatte. Noch während seiner Strafzeit wurde er in den Reichstag gewählt. Dort legte er in dementsprechendem Tone die Korruptionsaffären der wilhelminischen Ära bloß. Bald aber sollte er mit den Kampfgenerossen dieser Jahre in unüberbrückbaren Gegensatz geraten, als sich die Weiterwollen des ersten Weltkrieges zusammenhüllten. Noch kurz vor Ausbruch des Krieges reiste er nach Frankreich, um mit den französischen Sozialisten die Verbindungen aufrecht zu erhalten. Er sprach in Lille vor der Arbeiterschaft des großen französischen Industriebezirks.

Am 4. August 1914 war über die Stellung zu den ersten Kriegskrediten die Entscheidung zu treffen. Karl Liebknecht stimmte noch mit

Karl Liebknecht

Ein lähmendes Entsetzen, das Jedermann befahl, als am 16. Januar 1919 die Kunde von seiner und Rosa Luxemburgs Ermordung wie ein Lauffeuer seine Wege nahm. Die ersten schweren Blutopfer der Reaktion. Eine lange Kette weiterer Meuchelmorde folgte, bis dann unter dem Hillerterror mit deutscher Gräueltätigkeit der Meuchelmord auf maschinellen Wege seine blutigen Bahnen zog.

In einem ist Karl Liebknecht seiner Kampfgenossin völlig wesensverwandt. Gemeinsam hatten sie eine besondere Vorliebe für die Natur. Sonst aber waren beide Persönlichkeiten aus einem durchaus verschiedenen Holz geschnitten. Der schöpferische Elan Rosa Luxemburgs entsprang ihrer tiefen Erkenntnis der gesellschaftlichen Bewegungsgesetze. Sie war Forscherin auf den weiten Gebieten der politischen Ökonomie und der soziologischen Wissenschaftszweige, die sich aus diesem Studium notwendigerweise ergeben. Sie entwickelte aus theoretischer Erkenntnis die taktischen Notwendigkeiten im Tageskampf. Dagegen war Karl Liebknecht der leidenschaftliche Kämpfer und Führer, der aus tiefer inne-

Lebensjahre überigte Karl Liebknecht mit seiner Mutter oft nach Hubertsburg, der alten sächsischen Feste, in der der Friedensschluß nach dem Siebenjährigen Kriege vollzogen ward, um den inhaftierten Vater zu besuchen. Die Jugendzeit Karl Liebknechts ist nicht eben vom Glanze bürgerlichen Wohllebens begleitet gewesen. Kaum daß der Vater die Festungsmauern verlassen hatte, wurde durch das Sozialistengesetz des eisernen Kanzlers die wirtschaftliche Basis der Familie jählings unterbunden. Durch Mitarbeit an ausländischen Zeitungen und Zeitschriften mußte sich der Senior mühsam den Lebensunterhalt erwerben. Der Belagerungszustand, der über Leipzig verhängt worden war, zwang Wilhelm Liebknecht, die Stadt zu verlassen, um gemeinsam mit August Bebel in dem ländlichen Borsdorf als Junggeselle sein Leben zu fristen.

Währenddessen besuchte Karl Liebknecht in Leipzig die Mittelschule. Auch seine ersten Studiensemester absolvierte er auf der Leipziger Universität. 1891 übersiedelte er mit seiner Familie nach Berlin, um dort seine Studien fortzusetzen. Für den Sohn eines Führers der Sozialdemokratischen Partei war es unter der wilhelminischen Ära nicht ganz leicht, als Referendar Anstellung zu finden. Dennoch gelang es Karl Liebknecht, mit großen Mühen in Westfalen Boden zu fassen.

Im Jahre 1898 kam er als Assessor nach Berlin. Dort begann nach wenigen Wochen sein Eintritt in die stürmischen Bahnen der Politik. Schon nach kurzer Zeit führte sein Lebensweg jäh nach aufwärts. Bereits 1912 wurde er als Stadtverordneter in Berlin gewählt. Im Jahre 1904 wurde sein Name durch den Königsberger Prozeß weltbekannt. Von der Schweiz her waren revolutionäre Schriften illegal über die ostpreussische Grenze nach Rußland geschmuggelt worden. Durch das Treiben russischer Spitzelorganisationen wurden die der Schmuggler der preussischen Polizei ausgeliefert. Daraus entstand ein wochenlang währender großer politischer Prozeß, in dem Karl Liebknecht seine großen Talente als politischer Verteidiger zu entwickeln vermochte. Vor allem seine Plädoyers, in denen er sich in ergreifenden Worten auf Vertreter der revolutionären Literatur Rußlands bezog, haben

Rosa Luxemburg

Von Bruno Schoenlank

Ueber Unendlichkeiten,
Schwester, reich ich dir die Hand,
über lernem Dämmerweilen
in der Sonne tisser Brand.

Feierst,
der dich beselle,
der dir Adlerflügel gab,
unter vielen Auserwählte,
armer Menschheit Licht und Stob

Deine schwache Form zerbrach
Wider Unverstand der Menge
und du darbest ihr zur Schmach...
Doch in Finsternis und Eng
wid dein Angen dem Himmel tragen
und in den gequälten Herzen
deine starke Seele heizen.

der Gesamtheit der sozialdemokratischen Reichstagsaktion für ihre Annahme. In der Fraktion waren harte Kämpfe vorangegangen. Karl Liebknecht war mit wenigen anderen in der Minderheit geblieben. Diszipliniert unterwarf er sich zunächst den Beschlüssen der Majorität.

Die Trennung von der Mehrheit führte die Entscheidung über die zweite Bewilligung der Kriegskredite herbei. Sie mußte am 2. Dezember 1914 getroffen werden. Jetzt vermochte sich Karl Liebknecht dem Zwange der Disziplin nicht mehr zu beugen. Da ihm keine Möglichkeit gegeben war, seinen abweichenden Standpunkt von der Tribüne des Reichstags herab in alle Öffentlichkeit hinauszuschreiben, präzisierte er seinen Standpunkt in einem Brief an den Präsidenten des Parlaments. Er wendete sich gegen die Militärdiktatur, gegen die soziale und politische Pflichtvergeßlichkeit, deren sich die Regierung und die herrschenden Klassen auch heute noch schuldig machen. Darum lehne er die geforderten Kriegskredite ab.

Damit war das Fanal ertücht. Mit dieser Entscheidung folgte der Sohn dem Vater auf gleichen Bahnen. Nur daß zwischen den Entscheidungen, die der Vater 1870 unter ähnlichen Umständen zu treffen hatte, die Entwicklung von annähernd 50 Jahren stand.

Karl Liebknecht wurde als Armierungssoldat eingezogen. In den Abendstunden des 1. Mai 1916 befand sich der Urauber Karl Liebknecht unter den demonstrierenden Arbeitern auf dem Potsdamer Platz. „Nieder mit dem Krieg, nieder mit der Regierung, es lebe der Friede!“ So lautete der Appell Karl Liebknechts an die Massen der Berliner Maidemonstranten. Mit Knüppeln wurde er niedergeschlagen. Polizisten schleppten ihn in das Gefängnis. Am 23. August wurde er zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden ihm auf die Dauer von sechs Jahren aberkannt. In dem Zuchthaus zu Luckau mußte er die

Alle Opfer des Hillerterrors und alle Leiden und Schrecken des Hitlerkrieges wären umsonst gewesen, wenn nicht die Lehren aus der Vergangenheit gezogen und die Aktionseinheit aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte hergestellt worden wäre.

Aus der gemeinsamen Entschließung der SPD- und KPD-Funktionäre in Berlin am 20. und 21. Dezember 1945.

Tätigkeit zu entfalten. An den Auseinandersetzungen der Partei über Theorie und Praxis der sozialistischen Bewegung nahm sie regen Anteil, ihr Kampf galt vornehmlich dem Reformismus, der von Georg von Vollmar eingeleitet und durch Eduard Bernstein vollendet wurde. Sie führte diesen Kampf mit revolutionärem Ungestüm und kompromißloser Schärfe.

Der von ihr in der Folgezeit immer stärker und profreier herausgearbeitete und von ihr vertretene Marxismus war als lebendige Forschungsmethode nicht nur eine Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse, sondern eine Theorie der Umwälzung, die durch den bewußten Kampf der Massen getragen wird. In diesem Sinne wurde sie zur unentwehbaren Führerin der radikalen Opposition in der deutschen Arbeiterbewegung, schärfste Widersacherin unseres August Bebel, aber auch Karl Kautskys. Ihr Weg führte sie dann auch als Schöpferin des Programms des Spartakusbundes zur Kommunistischen Partei, die sie im Dezember 1918 aus der Taufe gehoben hat.

Unübersehbar ist die Fülle der Aufsätze, die sie in den sozialistischen Zeitungen und zu allen wissenschaftlichen Revuen des internationalen Sozialismus veröffentlicht hat. Heutige, die, wie auch ihre Bücher, aus der politischen und geschichtlichen Waffenkammer der Arbeiterbewegung nicht fortzudenken sind. Ihr wesentliches Werk ist das über die „Akkumulation des Kapitals“, das eine vernichtende Kritik des Imperialismus darstellt. Im Gefängnis schrieb sie das Buch über die russische Revolution, das den bezeichnenden Satz enthält: „Der einzige Weg zu dieser Wiedergeburt (der Massen) ist die Schule des öffentlichen Lebens, uneingeschränkte weiteste Demokratie, gerade Schreckensherrschaft demokratisiert“.

Ihr schönstes Zeugnis sind aber ihre „Briefe aus dem Gefängnis“, Dokumente seelischer Zartheit und reifen Gefühls, die in ihrer tiefen Menschlichkeit in der humanitären Literatur ihren Platz behaupten werden.

Ihr opferreiches Leben und Wirken war allem der Arbeiterschaft geweiht. Als dem

rer Erbitterung gegen das Elend der breiten Massen zu revolutionärem Handeln gezwungen ward. Für ihn war der Name Spartakus mehr als nur der Name einer jungen revolutionären Organisation.

Die Familie Liebknecht hat eine alte Tradition im revolutionären Kampf der Geschichte Deutschlands. Am 13. August 1871 in Leipzig geboren, war Karl Liebknecht erst wenige Monate alt, als sein Vater vor den Schranken des Sohwrgerichts in Leipzig zu erscheinen hatte, um sich wegen seiner Abstimmung über die Kriegskredite vom Jahre 1870 neben August Bebel zu verantworten. In seinen ersten



K. Liebknecht



Rosa Luxemburg

Straf verboten. Mit Tötungskelch und Handzeichnungen in der Schuhmacherei verbreichte er seine Tage. Hinter Zuchtmaschinen verfertigte er seine Schindeln über die Gewerkschaftsgesetze der menschlichen Entwicklung. Sie wurde späterhin publiziert. An Bedeutung aber stand sie hinter dem politischen Schaffen Karl Liebknechts weit zurück.

Durch die Weigerung Novemberrevolutionäre wurde Karl Liebknecht vorzeitig aus dem Kerkermauern befreit. Sofort trat er wieder in die politische Arena ein. Er schrieb für die „Rote Fahne“, redete und referierte im Zentrum, im Oden und im Norden Berlins. Karl Liebknecht eilte von Sitzungsstätte zu Sitzung. Die Wende des Jahres nahm er führend an der Gründung des Spartakusbundes teil.

Inzwischen versuchten reaktionäre Kräfte ihren Einfluß geltend zu machen. Das Berliner Polizeipräsidium war von dem Reichstagsabgeordneten Eichhorn besetzt. Für den 5. Januar 1919 war die Enthebung Eichhorns von der Leitung des Präsidiums geplant. Eichhorn war Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratie. Die Gerichte von seiner Absetzung sollten sich im Laufe der nächsten Tage entscheiden. Die Arbeitermassen strömten nach dem Zentrum herein. Karl Liebknecht sprach in einer gewaltigen Kundgebung in der Siegesallee. Nach ihrer Beendigung wurden spontan die Zeitungsverlage besetzt. Während der nächsten Tage entspann sich ein Kampf nach Moskau, ein harter Kampf. Rund 10 Tage währte der ungleiche Kampf. Am 15. Januar wurde Karl Liebknecht gefangen genommen, gemeinsam mit Rosa Luxemburg und Wilhelm Pieck. Sie wurden nach dem Hotel geschleppt. Dies war das Stabsquartier der Gardeschützen-Division, einer der Vorläufer der späteren SA. Unter dem Hakenkreuz haben sich alle verbrecherischen Elemente erneut gefunden.

In nächster Stunde wurde Karl Liebknecht abtransportiert angeblich nach Moabit. In Tiergarten wurde eine Pannse vorgetauscht. Karl Liebknecht sollte eine Strecke zu Fuße gehen. Auf diesem Wege ist Karl Liebknecht meuchlings ermordet worden. „Auf der Flucht erschossen...“ so lautete lakonisch der amtliche Bericht.

Wie viele sind seitdem „auf der Flucht“ erschossen worden!

Über die Taktik, die Karl Liebknecht eingeschlagen hat, ist viel gestritten worden. Im Verlaufe der vergangenen 25 Jahre hat die Geschichte ihren Richtungswechsel gefunden. Die russische Beispiel und die Erfahrungen in Deutschland lieferten das Beweismaterial vor dem Prozeß der Geschichte. Wir gingen den Weg der Evolution. Karl Liebknecht wollte den Weg der Revolution.

Am Ende kamen die verhängnisvollen zwölf Jahre des Nazismus...

Betriebsprogramm: Grube Leopold

In einer Gewerkschaftsversammlung der Grube Leopold, Bitterfeld, wurde zu den Gewerkschaftsfragen Stellung genommen. In der Diskussion brachte der Betriebsratsvorsitzende Kollege Wind untenstehendes Betriebsprogramm zum Vorschlag, das als Richtschnur für die Arbeit im Jahre 1946 gelten soll. In dieser Ansprache erklärten sich die Gewerkschafter und Kandidaten für die Durchführung des Betriebsprogramms sowie für die Einheitsbestrebungen der Arbeiterklasse.

Das Betriebsprogramm umfaßt folgende Ziele:

1. Förderung der Einheit der Arbeiterklasse.
2. Schaffung von besseren Lohnbedingungen für die Belegschaft.
3. Gleicher Lohn für die gleiche Leistung für Frauen und Jugendliche.
4. Steigerung der Versorgung mit Bekleidung.
5. Beschaffung von Wohnungen für Belegschaftsmitglieder.
6. Planung eines Bauprogramms für Werkswohnungen.
7. Ausgestaltung der Unterkunftsräume der Belegschaft und kulturelle Betreuung.
8. Verbesserung des sanitären Einrichtungen.
9. Ausgestaltung der Gesundheitsfürsorge für die Belegschaft.
10. Heranschaffung von Jungarbeitern für höhere Schulen, um die Nachfolge zu sichern.
11. Weiterer Ausbau der Werkstätte.

Appell zur Einheit aller Antifaschisten

(SNB) Die Berliner Presse veröffentlichte einen Aufruf des zentralen Einheitsausschusses der vier antifaschistischen Parteien mit folgendem Wortlaut:

„Der gemeinsame Ausschuss der Einheitsfront der vier antifaschistisch-demokratischen Parteien hält es für notwendig, gegenüber allen Versuchen reaktionärer und militaristischer Kräfte, alle Machtpositionen wieder zu erlangen und eine Restauration vorzubereiten, sowie gegenüber separatistischen Tendenzen die Einheit Deutschlands zu zerschlagen und gegenüber den Bemühungen, die Zusammenarbeit der antifaschistisch-demokratischen Kräfte zu stören, einen Appell an alle fortschrittlich und demokratisch Denkenden in Deutschland zu richten, sich durch diese Störungsversuche nicht beirren zu lassen, sondern stärker noch als bisher an der Einheit und Zusammenarbeit mit zuwirken.“

Einheit und Zusammenarbeit sind der machtvollste Antrieb für den Neuaufbau unserer Wirtschaft und für die Entfaltung der Demokratie. Sie werden auch die stärkste Garantie für die Säuberung der Betriebe und der Verwaltungen von allen reaktionären und faschistischen Elementen und die beste Gewähr gegen ein Wiederauftreten imperialistischer Elemente sein. Unsere Entschlossenheit zur Zusammenarbeit aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte beruht auf der tiefsten Überzeugung, daß sie die Voraussetzung für die Erhaltung der Einheit Deutschlands und den Bestand der deutschen Nation ist.

Der Ausschuss begrüßt den bei allen Werktätigen immer stärker hervortretenden Willen zur Einheit. Je stärker dieser Wille der geeinten Arbeiterschaft und im ganzen Volke Boden gewinnt, umso mehr wird die Grundlagen gesichert, die ein neues demokratisches und friedliches Deutschland tragen sollen.

Berlin, 10. Januar 1946.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Otto Grotwohl.
Liberal-Demokratische Partei: Dr. Wilhelm Küll.
Kommunistische Partei Deutschlands: Wilhelm Pieck.
Christlich-Demokratische Union: Jakob Kaiser.

Konzernmagnaten verhandeln in USA

New York (TASS). Wie der Korrespondent der Agentur „Associated Press“ aus Berlin berichtet, teilte der ehemalige Vertreter der USA in der Kommission zur Erfassung des deutschen Vermögens, Nixon, den Inhalt eines Geheimmemorandums mit, das der ehemalige deutsche Vertreter des Schering-Konzerns, Werschmeyer, anderen Direktoren am 8. September 1945 vorgelegt hätte. Im Memorandum wird darauf hingewiesen, daß die deutschen Industriellen die Absicht haben, sich umzustellen und internationale Abkommen abzuschließen. Wie es im Memorandum heißt, „kann die Besetzung Deutschlands viele Jahre dauern... aber wir können nicht warten, bis die Besetzungsperiode vorbei ist, um die Umstellung zu beginnen.“

Es wird angenommen, daß der Schering-Konzern die Kontrolle über die deutsche chemische Industrie zu erlangen versuchte, da

diese Kontrolle offenbar von dem Konzern IG-Farbenindustrie verloren wurde. Im Memorandum wird vorgeschlagen, daß nach etwa drei Jahren Schering versuchen sollte, mit dem amerikanischen Konzern Duponts Kontakt aufzunehmen und „Duponts vorzuschlagen, etwa ein Drittel unseres Aktienkapitals im Austausch gegen Waren und unsere Patente und Erfindungen gegen eine angemessene Lizenz und Teilung der Gewinne zu übernehmen.“

Nach den Worten Nixons zeugt das Memorandum deutlich von den Manövern deutscher Industrieller, die bestrebt sind, die Nachsicht der Amerikaner auszunutzen. Nixon bekräftigte nochmals seine Beschuldigungen, daß die USA keine entsprechenden Maßnahmen zur Festsetzung einer Kontrolle über die deutschen Industriellen ergreife.

Aus den westlichen Besatzungszonen

Hamburg (SNB). Der britische Rundfunk berichtet, daß in der britischen Zone ein deutscher Botschafter, Ausschuss für Sitz in Hamburg, eingesetzt wurde. Der Beratende Ausschuss wird in allen Verwaltungsfragen Vorschläge machen. Er hat sich entwickelt aus den verschiedenen deutschen Beratenden Kommissionen für technische Fragen, die Finanz-, Wirtschafts- und Transportfragen. Der Beratende Ausschuss wird ein ständiges Büro haben. Die drei bedeutendsten politischen Parteien, Sozialdemokraten, Christliche Demokraten und Kommunisten, werden in dem Ausschuss vertreten sein.

In der sowjetischen Besatzungszone üben, wie bekannt, nicht die Beratenden Ausschüsse, sondern die deutschen Zentralverwaltungen ihre Tätigkeit schon seit langem aus.

Stuttgart (SNB). Der amerikanische Nachrichtenendienst berichtet, daß der Stuttgarter Kapellmeister Hans Friedrich Conrad gestern vom amerikanischen Militärgericht zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, weil er das ihm von der amerikanischen Militärregierung auferlegte Spielverbot übertreten hat. Conrad

war Mitglied der Nazi-Partei von 1933 bis 1945. Es war ihm ausdrücklich untersagt worden, seinen Dienst als Musiker weiter auszuüben. Trotzdem spielte er in den Wehrkreiskapellen in einem amerikanischen Club. Er holte sich dazu eine ungültige „provisorische Spielerlaubnis“ unter Umgehung der ihm bekannten zuständigen Stelle. Das Gericht betrachtete dies als eine Irreführung von Personen der Militärregierung.

Hamburg (SNB). Mehr als 1200 Lebensmittelkarten der augenblicklichen Kartenperiode und 35 000 Reismarken wurden, wie der britische Nachrichtendienst mitteilt, bei einem dreitägigen Überfall auf die 715 Hamburger Kartenausgabestellen in dem Ortsteil Bahrendfeld geraubt.

Iserlohn (SNB). Wie der britische Nachrichtenendienst meldet, verurteilte am Freitagabend ein Gerichtshof zur Aburteilung von Kriegsverbrechern in Eilen an der holländischen Grenze den Angeklagten Renoth wegen Ermordung eines unbekanntem RAF-Piloten zum Tode durch Erhängen. Drei weitere Angeklagte, die an dem Mord beteiligt waren, wurden zu

10 bis 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Das Verbrechen fand im September 1944 statt. Eine RAF-Maschine hatte sich bei einem Angriff auf einen Eisenbahnzug bei Eilen überschlagen und erschellte am Boden. Der Pilot konnte springen, wurde jedoch von deutschen Zivilisten mit einem Gewehr erschlagen.

Regensburg (SNB). Eine Mitteilung des amerikanischen Nachrichtenendienstes zufolge erklärte Landrat Dr. Seemann in Grafenau, daß durch unregelmäßige Getreideablieferung eine sehr ernste Lage entstanden sei. Folgende Maßnahmen werden daher getroffen:

1. Jeder Bauer, der sich heute weigert der Ablieferungspflicht nachzukommen, wird als aktiver Nazi gewertet, da er den Wiederaufbau sabotiert. Bei einer etwaigen politischen Säuberungsaktion auf dem Lande wird mit einem entsprechenden Verfahren gegen ihn vorgegangen werden.
2. Ablieferungsverwehungen werden in Zukunft nicht mehr mit Geld-, sondern mit Gefängnisstrafen bedroht.
3. Schleichwege werden nur an die Bauern abgegeben, die ihrer Ablieferungspflicht genügt haben.

Einheitsfront in der Brauberg-Tröglitz-Zeit

O. M. In der am 11. Januar 1946 stattgefundenen Funktalarbeitung im Werk der Braunkohle-Benzin A. C. Werk Zeitz vom 11. Januar 1946 beschloß sich auf die Berliner Beschlüsse der beiden Zentralen und beschließt:

1. Die Zusammenarbeit so zu gestalten, daß die praktischen Grundlagen für die Einheitspartei, auf dem Boden des Marxismus auch hier im Werk geschaffen werden;
2. mit entschlossener Kraft für die endgültige Liquidierung der Reste des Faschismus und der nazistischen Ideologie zu kämpfen;
3. unermüdet am Neuaufbau eines freien, demokratischen Deutschlands zu arbeiten.

Die Einheitspartei ist die Macht der Arbeiterklasse, die allein instand ist, alle Widerstände der Reaktion zu beseitigen. Einheit ist das Gebot der Stunde!

Entscheidung

Die gemeinsame Funktionär-Sitzung der Betriebsgruppen der KPD und der SPD in der Braunkohle-Benzin A. C. Werk Zeitz vom 11. Januar 1946 beschloß sich auf die Berliner Beschlüsse der beiden Zentralen und beschließt:

1. Die Zusammenarbeit so zu gestalten, daß die praktischen Grundlagen für die Einheitspartei, auf dem Boden des Marxismus auch hier im Werk geschaffen werden;
2. mit entschlossener Kraft für die endgültige Liquidierung der Reste des Faschismus und der nazistischen Ideologie zu kämpfen;
3. unermüdet am Neuaufbau eines freien, demokratischen Deutschlands zu arbeiten.

Die Einheitspartei ist die Macht der Arbeiterklasse, die allein instand ist, alle Widerstände der Reaktion zu beseitigen. Einheit ist das Gebot der Stunde!

Verbot des Unternehmer-Organisations

Wie das Ressort Wirtschaft und Arbeit in der „Landeszeitung Sachsen-Anhalt“ tritt in letzter Zeit wieder ein Unternehmerverband „Verein deutscher Gießereifachleute e. V.“ in Ilsenburg im Harz auf und versucht, mit Gießereien in Sachsen in Verbindung zu treten. Da es sich bei diesem Verband um eine der aufgelösten Unternehmerorganisationen handelt, die erneut versucht, ins Leben zu treten, werden alle Firmen vor einer Verbindung mit diesem Verband hierdurch gewarnt.

3 1/2 Millionen Arbeitslose in USA

Moskau, 14. Januar (SNB). Nach Angaben des amerikanischen Arbeitsministeriums gab es am 1. Januar in den Vereinigten Staaten 3 1/2 Millionen Arbeitslose, die demobilisiert mit eingerechnet.

Die Streikbewegung in den USA

London (SNB). Wie der Londoner Rundfunk berichtet, werden am Mittwoch rund 500 Arbeiter der amerikanischen Fleischkonservenindustrie in den Streik treten.

Rosa sagte mir damals, daß man den Bolschewiken eines lassen müsse, daß sie versuchen, die Probleme in der Tiefe zu erfassen, während wir Sozialdemokraten in Deutschland in die Gefahr kämen, daß wir uns so sehr verbreitern, was zu einer Verwischung der politischen Probleme führen könne. Während des Krieges hielten wir enge Fühlung.

Franz Mehring und der treue Leo Jogiches, der im März 1919 im Gefängnis ermordet wurde, besprachen mit mir die Maßnahmen, die wir ergreifen müßten, um dem sinnlosen Krieg ein schnelleres Ende zu bereiten. Ich war damals einer der Führer in der oppositionellen sozialistischen Arbeiterbewegung, und es gab manchmal heftige Differenzen über Taktik und Praxis. Rosa wurde bald darauf verhaftet, aber ich erhielt aus dem Gefängnis heraus auch manche wichtige Kunde. Ihre berühmt gewordene Junibroschüre wurde fleißig verbreitet.

Nach der Revolution von 1918 sollte ich sie nicht wiedersehen. Es war mir unmöglich, am ersten Spartakus-Parteitag teilzunehmen. Rosa aber gab einem von uns abgedanten Delegierten herzliche Grüße mit. Das war das letzte, was ich von der lebenden Rosa erfuhr. Aber in mir lebt nicht nur die Erinnerung an die geschickte Debattierin, die fleißige Wissenschaftlerin, sondern der Mensch Rosa in seiner Liebe und Hingabe, seiner rücksichtslosen Behandlung des einzelnen Menschen und des liebevollen Betrachters der Natur. Mögen diese Zeiten allen denen, die Karl und Rosa persönlich kannten, wieder die Erinnerung lebendig machen, damit sie in schärferer Zeit Mut und Kraft finden, weiterzukämpfen.

Reinhold Schönlanck.

Erinnerungen an Karl und Rosa

Als ich am 15. Januar 1919 in eine Versammlung fahren wollte, erreichte mich kurz vor dem Bahnhof in Halle die Schreckensnachricht, daß Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ermordet worden seien. Unfassbar schloß es mir und ungläublich. Am nächsten Tage mußte ich erfahren, daß es bittere Wahrheit war. Ich denke noch des kommenden Tages, da der Spartakusbund, den ich leitete, und die Unabhängige Sozialdemokratie eine gewaltige Kundgebung veranstalteten, gegen die Mörder zu protestieren und den ungeborenen Kampfeswillen der revolutionären Arbeiterschaft zum Ausdruck zu bringen. In meinem langen politischen Leben spielten Karl und Rosa eine große Rolle. Als ich ein kleiner Bub war, verkörperte Liebknecht und Schoenlank viel miteinander und Rosa Luxemburg wohnte regelmäßig bei uns, wenn und so lange sie in Leipzig weilte. Ich hielt sie immer für meine leibliche Tante und unser persönliches Verhältnis ist in ihrer Ermordung auch ein solches geblieben.

Jugendliche hin, von denen der eine, Kurt Weise, bis in die Hitlerzeit hinein tapfer weiter gegen den Militarismus kämpfte.

Und Tante Rosa? Ja, meine schönsten Kindheitserinnerungen sind mit ihren Besuchen bei uns verknüpft. Tante Rosa war für mich und meine Geschwister ein Begriff. Die Tante konnte so wunderbar erzählen, Volksbräuche schildern und... Volksgeschichte köcheln. Aber auch Geige konnte sie spielen und singen. Als ich dann größer wurde, hatte ich immer die Möglichkeit, mich von ihr persönlich schulen und unterrichten zu lassen und späterhin nicht mit ihr über alle schwebenden Fragen auseinanderzusetzen. An eine Unterhaltung noch vor dem ersten Weltkrieg erinnere ich mich sehr genau. Wie besprachen die Verhältnisse in Rußland und die dortige Parteilagerung, die im Jahre 1907 erfolgt war. Wir diskutierten beide sehr diesen Riß der Arbeiterbewegung und

Dann kam der Weltkrieg. Ich hielt mit Karl enge Fühlung. Auf der Zusammenkunft zu Ostern 1915 konnte ich nicht teilnehmen, weil ich in Halle selbst zusammenkommen mußte. Es fuhr aber einige von uns delegierte

Ein Brief Rosa Luxemburgs an Luise Kausky, die inzwischen von den Hilterschergen verhaft worden ist. Die Zeichnung im Titelkopf ist von der Verfasserin des Briefes angefertigt.



Karl-Liebknecht- und Rosa-Luxemburg-Straße

Heute, am 15. Januar, erinnern wir uns in verstärktem Maße an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die vor 26 Jahren von teuren Mauthelmördern hinterlistig ermordet wurden.

Wir ehren heute die beiden Vorkämpfer für die Ideen, denen wir Antifaschisten nun ständig den Sieg vorerheben wollen. Aber wir müssen uns auch verpflichtet fühlen, ihnen ein äußeres Zeichen der Ehrung zu schaffen.

Wir helfen, daß das Versäumte recht bald nachgeholt wird! Das wäre eine Ehrung, die wir unseren Vorkämpfern schuldig sind.

Schon die Beziehungen des großen Sohnes unserer Nachbarstadt Leipzig zu Halle sollten uns Verpflichtung sein.

Wir helfen, daß das Versäumte recht bald nachgeholt wird! Das wäre eine Ehrung, die wir unseren Vorkämpfern schuldig sind.

Schon die Beziehungen des großen Sohnes unserer Nachbarstadt Leipzig zu Halle sollten uns Verpflichtung sein. In der Weise zu denken. Es war im späten Frühjahr des Jahres 1911, als Karl Liebknecht des offenen in Halle weilte, um die Opfer wildgemachter preußischer Polizeischergen in jenen Massenprozessen zu verteidigen.

Neulehrer für Halles Schulen

Der erste Lehrerausbildungskursus, der im Oktober in Halle begonnen hatte, konnte mit Rücksicht auf die ausgezeichneten Erfolge aller Teilnehmer wesentlich abgekürzt und abgeschlossen werden.

Soformaßnahmen gegen die Kälte

Eintritt der Kälteperiode haben die Stadtverwaltung Halle zu besonderen Dringlichkeitsmaßnahmen veranlaßt. Auf Initiative des Oberbürgermeisters Mertens wurden unter Vorsitz von Bürgermeister Pratsch in einer binnen einer Stunde einberufenen Konferenz die notwendigen Sofortmaßnahmen beraten.

Achtung! Kraftfahrzeugführer!

Für die im Stadtkreis Halle registrierten Kraftwagen, Krafttraktoren, Zugmaschinen usw. die bisher noch keine SP-Nummern erhalten haben, werden ab 21. Januar im Polizeipräsidium, Dreyhauptstraße 2, Zimmer 129, von 9 bis 16 Uhr, SP-Schilder und Fahrbriele ausgeben.

Jeder Hammerschlag ein Schlag für den Wiederaufbau

Morgen Mittwoch erst ab 11 Uhr. Die Stadtverwaltung gibt bekannt, daß die städtischen Dienststellen am Mittwoch, dem 18. Januar, aus besonderem Anlaß erst ab 11 Uhr für den Publikumsverkehr geöffnet sind.

Alle Hallenser sollen am Neuaufbau mithelfen



Nachdem die Stadtverwaltung vor einiger Zeit die grundlegenden Maßnahmen für die Trümmerbeseitigung und für den Neuaufbau von Wohnungen und Ausbau von Altwohnungen der Öffentlichkeit unterbreitet hat, geht sie jetzt daran, den Neuaufbau der wichtigsten hallischen Kulturstätten zu planen, die den Ruf der Stadt Halle als Kunst- und Kulturstadt mitgründen sollen.

Seit gestern ist in den Straßen der Stadt Halle ein Plakat aufgetaucht, das in großen Letztern die Aufschrift 'Bauhütte Roter Turm' trägt und das zu einer Morgenfeier am 20. Januar im Thaliatheater aufruft.

Der Ruf der Stadt Halle als Kunst- und Kulturstadt erhebt uns anderserseits die Verpflichtung auf, die hervorsetzenden Kulturstätten wieder instanzzusetzen.

Da die Stadtverwaltung die Summen für diese Projekte nicht aufbringen kann, wird auf dem Wege einer völlig unbürokratischen Organisation, der

Aktion 'Bauhütte Roter Turm'

an die Mitarbeit der hallischen Bevölkerung appelliert, die ihr Verständnis für die künstlerische Tradition ihrer Heimat und Vaterstadt in der kommenden Zeit bei allen Veranstaltungen, die im Zeichen der Bauhütte anlaufen werden, zeigen können.

Über das „Wie“ des Neuaufbaus der Kulturstätten werden das letzte Wort die Männer vom Fach haben. Im Vordergrund steht zunächst die Frage, wie man es durch die Mittel zusammenbekommt, um die Planung in Angriff nehmen zu können.

Der Rote Turm

Der einmaligen historischen Bedeutung dieses Bauwerks entsprechend, dessen geschichtliche Entstehung wir in einem Bericht „Steinerne Anlage gegen den Faschismus“ bereits eingehend gewürdigt haben, wird man zu der Annahme kommen können, daß der Rote Turm originalgetreu wieder aufgebaut werden wird.

Rathaus und Händelhaus

Täglich erhält das Stadtbaumamt viele Anfragen aus wohl mit dem Rathaus geschehen werden soll. Die Ansicht der Stadtverwaltung geht dahin, daß es nicht so künstlerisch wertvoll war, um eine getreue Nachbildung zu rechtfertigen.

Das Stadttheater

Auch für den Wiederaufbau sind nur beschränkte Mittel zur Verfügung. Trotzdem ist man bestrebt, unter Hinzunahme der

vorlieben Reste des Gebäudes ein neues, technisch einwandfreies Theater zu bauen. Für den Neuaufbau des Theaters ist ein Wettbewerb ausgeschrieben worden.

Wenn dann erst die „Siegeshalle“ in den Grünanlagen zwischen Theater und Hauptpost fällt — dann wird man den Anblick der Vorderfront des Stadttheaters ohne den störenden Einfluß der Säule genießen können.

In allen diesen Fragen, die mit der Neugesaltung der hallischen Kulturstätten zusammenhängen, wünscht die Stadtverwaltung eine enge und regere Verbindung mit der Bevölkerung. Es soll nicht so sein, daß nur Anordnungen und Maßnahmen seitens der Stadt getroffen werden, im Gegenteil, die Stadtbauverwaltung ist für jede Anregung dankbar und begrüßt alle Meinungsäußerungen.



hallischen Kulturlebens wie ein Ring vom Gestern zum Heute schließen.

1946 — das Jahr der Jugend

Arbeitslager der Jugend im „Volkspark“

In einer Arbeitstagung des Provinzialjugendausschusses wurde am vergangenen Sonnabend und Sonntag im „Volkspark“ ein Rechenschaftsbericht über die geleistete Arbeit abgelegt.

Als erster ergriff Vizepräsident Siwert das Wort, der die Anwesenden im Namen der Provinzialverwaltung begrüßte.

Nach Ablegung der Rechenschaftsberichte der einzelnen Kreisjugendreferenten gab Präsidialdirektor Halle, der für einige Zeit der Arbeitstagung beiwohnte, in kurzen Worten seiner Freude über die rege Anteilnahme der Jugend Ausdruck.

Gewerkschaftswahlen

Alle Rentner, Invaliden, Arbeitslose und Einzelmitglieder, die von einem Wahlkörper Arbeitsstellen oder einen in der Nähe ihrer Wohnung gelegenen Betrieb.

83. Geburtstag eines verdienten Genossen

Heute vor 83 Jahren wurde Albert Borgmann in Mollerode geboren, der über 25 Jahre sämtliche Grabreden für unsere verstorbenen Genossen sprach.

Morgen Mittwoch erst ab 11 Uhr

Die Stadtverwaltung gibt bekannt, daß die städtischen Dienststellen am Mittwoch, dem 18. Januar, aus besonderem Anlaß erst ab 11 Uhr für den Publikumsverkehr geöffnet sind.

Vordergrund stehen Spiel- und Musikwettbewerbe, die durchgeführt werden. Vorschlag der Jugendausschüsse für Jugendliche als Volksehrer müssen gebracht werden.

Förder die Kleinierhaltung

Durch wiederholte Aufrufe in Zeitungsartikeln wurde darauf hingewiesen, die Kleinierhaltung zu fördern. Wir als Stadtratsmitglieder sind starkes Interesse daran haben.

Wetterbericht vom 15. Januar

Wetterlage: Das Hochdruckgebiet über der Nordsee hat sich noch gekräftigt und sich mit seinem Kern südostwärts verlagert.

Denk auch an die Tiere!

Stadtratsmitglied Rosengarten.

Das Volkserleben der Sowjetunion

Im „Volkspark“ fand am Montag ein gemeinsamer Schulungsabend der SPD und KPD in überfüllter Saale statt.

In seinen interessanten Ausführungen sagte er u. a.: „Das kulturelle Leben in Rußland ist die Angelegenheit des ganzen Volkes und breiter Volksumfassung.“

25 Jahre EdL

Der Einkauferverein der Lebensmittelhändler Halle und Umgegend e. G. m. H. blickt heute auf sein 25-jähriges Bestehen zurück.

Wetterbericht vom 15. Januar

Wetterlage: Das Hochdruckgebiet über der Nordsee hat sich noch gekräftigt und sich mit seinem Kern südostwärts verlagert.

Wetterbericht vom 15. Januar

Vorhersage, gültig bis 18. Januar, abends: Nach nächtlicher Aufheiterung tagsüber stärker bewölkt. Nur vereinzelt leichter Schneefall.

Denk auch an die Tiere!

Stadtratsmitglied Rosengarten.

So sieht die Antwortkarte aus

Kriegsgefangenenpost nach der Sowjet-Union
Die Postdirektion der Provinz Sachsen gibt bekannt: Der Briefwechsel zwischen deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion und deren Verwandten in Deutschland ist nunmehr von der sowjetischen Regierung genehmigt worden. Für die Nachrichten der deutschen Kriegsgefangenen an ihre Angehörigen sind Sonderpostkarten mit anhängender Antwortkarte vorgesehen, beide werden gebührenfrei befördert.

Für die Antwortkarte ist folgende Anschrift vorgesehen:
UdSSR
Lager Nr. _____

(Zuname und Vorname des Kriegsgefangenen)
Absender: _____
(Name, Wohnort u. Wohnung des Absenders.)

In der Anschrift darf der Ort, in dem sich das Gefangenlager befindet, nicht angegeben werden. Postkarten an Kriegsgefangene, die diesen Vorschriften nicht genau entsprechen, dürfen nicht befördert werden.

Die Montags-Sitzung der UNO

London, 14. Januar (SNB) Reuter berichtet, daß am Anfang der heutigen Sitzung der Versammlung der Vereinten Nationen Neu-Seelands Premierminister, Peter Fraser, Neu-Seelands Kandidat für den Wirtschaftsrat zurückzog und Jugoslawien Platz suchte. Neu-Seelands Verzicht folgte eine formelle Abstimmung, bei der Jugoslawien mit 45 Stimmen gegen 3 für Neu-Seeland abgelehnt wurde.

London, 14. Januar (SNB). Nach einem Reuter-Bericht hat der Generalsekretär der Vereinten Nationen am Sonntagabend zusammen, um das Programm für die in dieser Woche stattfindenden Plenarsitzungen der UNO zu diskutieren. Es lagen ihm vier Punkte zur Beratung vor:

1. die britische Resolution, die alle friedliebenden Staaten auffordert, sich an der Arbeit der UNRRA zu beteiligen;
2. der Vorschlag zur Errichtung der von Großbritannien, der Sowjetunion, den Vereinigten Staaten, Frankreich, China und Kanada geforderten Atomenergie-Kommission;
3. der kubanische Vorschlag zur Abänderung der Verfahrensregeln der Organisation der Vereinten Nationen;
4. eine weitere kubanische Resolution, durch die die Organisation der Vereinten Nationen aufgefordert wird, eine Erklärung der Menschenrechte und der Rechte der Nationen zu unterschreiben.

Es wurde beschlossen, sowohl die Atom-bomben-Resolution als auch die UNRRA-Resolution, da sie von tragischer Dringlichkeit wären, sofort der Versammlung zu unterbreiten.

Der sowjetische Vertreter Gromyko präzisierte im Verlaufe einer lebhaften Diskussion über den britischen UNRRA-Vorschlag den Text der britischen Resolution dahingehend, daß er „durchaus nicht klar“ sei. Er fragte, ob die Resolution auch Nichtmitglieder der Vereinten Nationen einschließe. Würde es, wenn dieses der Fall wäre, der britischen Delegation möglich sein, dieses im Text klar zu machen? Der britische Vertreter Noel Baker erwiderte, es sei beabsichtigt, auch Nichtmitglieder einzuschließen, wie die Neutralen, die den Wunsch hegten, der UNRRA zu helfen. Der ukrainische Vertreter Dr. Manuelski fragte sodann lächelnd, ob die Besetzung eines sowjetischen Staats auch auf Franco-Spanien Anwendung finde.

Nach einer Diskussion wurde entschieden, daß der Generalsekretär nicht das Recht habe, den Text der Resolution zu ändern. Er dürfe nur entscheiden, ob diese der Versammlung vorgelegt werden solle oder nicht.

Der Ausschuss ergriffte dann den Vorschlag der Philippinen zur Einberufung einer internationalen Pressekonferenz. Der britische Vertreter Noel Baker erklärte, der Vorschlag einer internationalen Pressekonferenz schloße die Frage der Verbindungen und Kabeltarife ein. Es wurde beschlossen, die philippinische Delegation um weitere Informationen zu bitten.

Finnland trieb willig in den Krieg

Helsinki (TASS). Im Prozeß gegen die Kriegsschuldigen in Finnland hielt der Ankläger Jarjane eine ergebnislose Rede, die nicht klärte: Seitens der Sowjetunion konnte nicht das Bestreben bestehen, die Beziehungen abzubauen.

„Ich habe jetzt Unterlagen bekommen, die beweisen, daß Finnland tatsächlich rechtzeitig vor Kriegsbeginn, wenn nicht in offizieller Form, so jedenfalls de facto ein Abkommen mit Deutschland über eine militärische Zusammenarbeit abgeschlossen hat.“

Der Ankläger beruft sich auf die Aussagen des deutschen Generals Buschenhagen, der seit Dezember 1940 viele Male mit den finnischen Militärbehörden in Berührung kam und Finnland zwecks Information über eine solche Zusammenarbeit besuchte. „Solche Dokumente, wie die Tagesordnung der Besprechungen in Salsburg, der „Plan Barbarossa“ usw. bestätigen die Aussagen des Generals Buschenhagen. Diese neue Erklärung bestätigt das bereits entstandene Bild darüber, daß seitens Finnlands für den Fall eines Kriegsaus-

Alliierte Kontrollbehörde - Kontrollrat

Einziehung und Ableitung von Waffen und Munition

Befehl Nr. 2
Zwecks Entwaffnung der Bevölkerung und Förderung der öffentlichen Sicherheit in Deutschland befehligt der Kontrollrat wie folgt:
1. Es ist jedermann verboten, Waffen und Munition zu tragen oder in Besitz oder Eigentum zu haben.
2. Wer Waffen oder Munition in seinem Besitz oder Eigentum hat, muß sie bei dem nächstgelegenen alliierten Militärbefehlshaber binnen zehn Tagen nach Bekanntmachung dieses Befehls abliefern.
3. Wer Kenntnis davon hat, daß irgendwo Waffen oder Munition oder Vorräte an Waffen oder Munition oder Explosivstoffe oder Einrichtungen zur Herstellung von Waffen, Munition oder Explosivstoffen vorhanden sind, die nicht unter der Kontrolle der Alliierten stehen, muß hierüber sofort dem nächstgelegenen Militärbefehlshaber Meldung erstatten.
4. Das Tragen, Verbergen, Verheimlichen oder der Besitz von Waffen oder Munition oder das Eigentum an solchen bleibt straflos, wenn sie gemäß den Bestimmungen in Ziffer 2 dieses Befehls abgeliefert werden.
5. Die Bestimmungen dieses Befehls sollen in keiner Weise die deutsche Polizei hindern, Waffen und Munition unter den von Alliierten Kontrollrat festgesetzten oder noch festzusetzenden Bedingungen zu tragen oder in Besitz zu haben. Alle Arten von Feuerwaffen, die an die ordentliche deutsche Polizei und die örtlichen Behörden ausgegeben werden, sind bei dem örtlichen Militärbefehlshaber in ein Register einzutragen.
6. Für die Ausführung dieses Befehls gelten folgende Bestimmungen:
a) Dieser Befehl erstreckt sich auf alle natürlichen und juristischen Personen oder Personengesellschaften. Auf Militär- und Zivilpersonen der alliierten Besatzungstreiträfte findet er keine Anwendung.
b) Der Ausdruck „Waffen und Munition“ umfaßt Feuerwaffen jeglicher Art, Explosivstoffe und Seitenwaffen aller Art. Degegen umfaßt er nicht: Explosivstoffe, deren Gebrauch die alliierten Militärbehörden zu Abbrucharbeiten oder ähnlichen Arbeiten in Steinbrüchen und Bergwerken gestattet ist.
7. Wer diesem Befehl nicht nachkommt, setzt sich strafrechtlicher Verfolgung aus, wobei bis auf Todesstrafe erkannt werden kann.
Ausgefertigt in Berlin, den 7. Januar 1946.
Generalleutnant B. H. Robertson,
Generalsekretär L. Koeltz,
Armeegeneral W. G. Sokolowsky,
Generalleutnant Lucius D. Clay.

Um den Weg zur Einheit

SPD Rostock fordert Urabstimmung

Schwerin (SNB). Die Zeitung „Volksstimme“ Organ der SPD, und die „Volkszeitung“, Organ der KPD, veröffentlichten am Sonntag stehenden Bericht: Die in Rostock tagende überfüllte große Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Rostock der SPD nimmt Kenntnis von den Vereinbarungen zwischen Vertretern der KPD und SPD am 20. und 21. Dezember 1945 in Berlin.

Die Versammlung ist sich einig darin, daß eine ehrliche und verantwortungsvolle, enge Zusammenarbeit beider Arbeiterparteien, die später durch die organisatorische Verschmelzung gekrönt werden muß, eine politische Notwendigkeit ist.

Die Verschmelzung der Arbeiterparteien kann aber nicht das Werk von Vorständen, Ausschüssen oder anderen Instanzen sein, da in einer demokratischen Partei der Wille der Mitglieder oberstes Gesetz sein muß.

Deshalb muß eine durch Urabstimmung festgestellte Mehrheitsentscheidung der gesamten Parteimitglieder voraussetzung für eine wirkliche Einigung sein.

Eine Einigung, die diesen Namen verdient, kann auch nicht lediglich in einer Besatzungszone erfolgen. Eine solche Vereinbarung würde die Zerschlagung der deutschen Sozialdemokratie herbeiführen, ohne die deutsche Arbeiterschaft zu einer Einheit zu verschmelzen. Sie würde die künstliche Einigung zwischen der deutschen Arbeiterklasse mindestens erschweren, wenn nicht für lange Zeit unmöglich machen.

Die Versammelten ersuchen deshalb den Zentralkomitee der SPD, gemeinsam mit dem Zentralkomitee der KPD möglichst rasch an der Beseitigung aller Hindernisse zu arbeiten, die der Bildung reichseinheitlicher Parteien der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei entgegenstehen.

Ob schuldig oder nicht — erschließen!

Der Prozeß von Nikolajew

Nikolajew (TASS). In dem Prozeß gegen die deutschen Kriegsverbrecher von Nikolajew bekamen sich alle Angeklagten mit Ausnahme von Schmale schuldig: Die Angeklagten gaben zu, daß sie Tausende von Erschießungen, Massenfortführungen und Massenverschickungen in die deutsche Sklaverei auf dem Geviß der Erde für die Skrupellosigkeit mit der die Angeklagten ihre Verbrechen ausführten, spricht eine Erklärung des Angeklagten Berg: „Ob schuldig oder nicht — das interessiert uns bei den Erschießungen nicht.“

Besonders belastet ist der Angeklagte Witzke, ehemaliger Chef der Sicherheitspolizei von Nikolajew. Er trieb mehr als 1000 sowjetische Staatsbürger nach Deutschland. Personen, die versuchen, sich dem Transport zu entziehen, wurden erschossen. Um ihre Verbrechen zu verbergen, verbrannten die deutschen Behörden Leichen. Witzkes Vertreter, Schmale, führte eine Strafexpedition durch, bei der mehrere Anwohner niedergebrannt und hunderte von Sowjetbürgern erschossen wurden, er nahm tätigen Anteil an der Zerstörung von Geschäftshäusern, Schulen und Hospitälern. Der ehemalige Befehlshaber von Nikolajew Generalleutnant Winkler ottete systematisch die sowjetische Bevölkerung aus. Im März 1944, am Tage bevor die Deutschen sich aus Nikolajew zurückzogen, gab Winkler den Befehl, daß alle Bürger, die den Versuch unternahmen, sich einer Verschickung nach Deutschland zu entziehen, zu Partisanen erklärt und erschossen würden. Diese Drohung wurde von der Polizei und der Gendarmrie im großen Umfang wahrgemacht.

In der Sitzung vom 13. Januar begann das Gericht mit dem Zeugenverhör. Die Aussagen der Zeugen ergaben ein fürchterliches Bild von den schrecklichen Leiden der Sowjetbürger unter der Herrschaft der deutschen Faschisten. Der Zeuge Lewaschew schilderte, wie die Deutschen nachts in sein Haus eindringen und seine drei Söhne wegschleppten, deren verbleibende Reste er einige Tage später in einem Graben inmitten von Leichen von mindestens 70 Kindern und Greisern wiederfindend. 20 Aerzte des Ortes wurden von den faschistischen Ungeheuern auf Befehl des Angeklagten Sandner erschossen.

„Geben Sie diese Tatsache zu“, fragte der Gerichtsvorsitzende den Angeklagten Sandner. Dieser antwortete: „Ja wohl, ich habe diese Aerzte verhaften und erschießen lassen.“

Der Zeuge Swiridowki, ein Priester der orthodoxen Kirche schilderte die Entweihung der russischen Kirchen durch die Hitleristen. Die Aerstin und Neuropathologin Sobroslawskaja bekundete, daß die Deutschen das vorbildlich eingerichtete Psychiater-Krankenhaus in Cherson zerstörten und dabei etwa 800 Kranke erschossen.

Künstliche Eisstraße

Irkutsk (TASS). Eine Eisstraße, die die wichtigsten Verwundungsorte mit den nördlichen Plätzen des Gold- und Glimmerabbaus verbinden wird, ist auf dem großen sibirischen Strom Lena geschaffen worden. Bis jetzt war im Winter das einzige Verkehrsmittel der Flugzeug. Das Eis auf dem Strom ist unerwartet stellenweise geschmolzen. Die Erbauer der Eisstraße, deren Länge 200 Kilometer übersteigt, mußten das geschmolzene Eis künstlich gefrieren lassen.

In den nächsten Tagen wird die Straße der Benutzung übergeben werden. Hunderte von Lastkraftwagen werden auf ihr verkehren.

Keine Ueberlebenden aufnehmen!

Der Nürnberger Prozeß

Nürnberg, 14. Januar (SNB). In der heutigen Vormittagssitzung unterbreitet der englische Oberst Philmore sein Beweismaterial gegen Dönitz. Dönitz ist einer der eifrigsten Nazioffiziere in der deutschen Wehrmacht gewesen. Er selbst arbeitete an einem Memorandum zum Ueberfall auf Polen mit. In der gleichen Weise lieferte er seine Beiträge zur Vorbereitung des Ueberfalls auf Dänemark und Norwegen.

In dem berühmten Operationsbefehl „Hartmut“ vom 30. März 1940 verlangt Dönitz, daß „die Manneswürde die britische Flagge hissen, wenn sie in den Hafen einfahren, bis die Truppen gelandet sind.“

Zwei Karten des englischen Marinestabes zeigen, daß zu Beginn des Monats September 1939 die Aufteilung der U-Boote erkennen ließ, daß ein Angriff auf England geplant war. Um diese Positionen zu erreichen, müssen die U-Boote schon lange vor dem 1. September ihre Häfen verlassen haben.

Von den ersten Tagen der Kriegshandlungen an ging Dönitz zur rücksichtslosen Verhinderung der Handelschiffe ohne jede vorherige Warnung über. Bereits ein Jahr nach Kriegsbeginn stellte das britische Außenministerium in einem Bericht fest, daß in diesen Angriffen 2836 alliierte Seelute den Tod fanden. Hitler hatte in einer seiner Reden erklärt, daß „jedes Schiff mit oder ohne Geleitzug, das vor unseren Torpedorohren erscheint, torpediert wird“. Es sind viele Fälle bekannt, daß Mannschaften und Maschinengewehren beschossen wurden, wie sie versuchen, ihre Rettungsboote ins Meer zu lassen usw. Am 18. Januar 1940 wird bestimmt: „Die Flotte ist beauftragt ab sofort die warnungslose Versenkung aller Schiffe durch U-Boote vorzunehmen, die im Gewässer in der Nähe der eindringlichen Küsten segeln, an welcher der Gebrauch von Minen behauptet werden kann.“

Im selben Jahr unterzeichnete Dönitz eine geheime ständige Order, welche den Wortlaut hat: „Keine Ueberlebenden aufnehmen und mitnehmen. Keine Sorge um die Rettungsboote der Handelsschiffe. Wettbewerbsregeln und Distanz vom Lande spielen keine Rolle.“

Ein anderer Befehl von Dönitz vom 17. September 1942 macht ausdrücklich darauf aufmerksam, daß keinzelne Versuche zur Rettung von Schiffpersonal gemacht werden dürfen. In diesem Befehl rügt Dönitz einen U-Boot-Kommandeur, der die Insassen eines torpedierten Seelahrzeuges aufgenommen und mit Nahrung und Wasser versorgt lassen wollte.

Nach einer Zeugenaussage sagte Dönitz zum Abschluß des U-Boot-Offiziers-Lehrkurses, er könne nicht verstehen, wie manche U-Boote feindliche Schiffbesatzungen retten, die später wieder gegen Deutschland eingesetzt werden. Tödlich Kriegsführung sei auch zu Wasser nötig und umfasse sowohl die Vernichtung von Schiffen als von Mannschaften.

Die Verstärkung in Sofia sabotiert

Moskau (TASS). Infolge des Beschlusses der Moskauer Konferenz hatten die Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika, von Großbritannien und der Sowjetunion der bulgarischen Regierung den freundschaftlichen Rat gegeben, daß es wünschenswert sei, zusätzlich zwei Vertreter der bulgarischen Oppositionsgruppe in die bulgarische Regierung aufzunehmen, die bisher nicht in der Regierung vertreten sind.

Die bulgarische Regierung hat bereitwillig diesen Ratschlag angenommen und in Uebereinstimmung damit Vertretern von Gruppen der Bauernvereingung und der Sozialisten der bulgarischen Partei einen diesbezüglichen Vorschlag gemacht. Die Vertreter dieser Gruppen Petkoff und Lutscheff, haben diese Vorschläge jedoch sabotiert, indem sie Bedingungen für die Teilnahme an der Regierung stellen, die grundsätzlich den Beschlüssen der Konferenz der drei Außenminister entgegenstehen sind.

Von der Sowjetregierung abgesandt, kam der stellvertretende Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Wjtschinsky am 9. Januar in Sofia an und hatte während seines Aufenthaltes in Bulgarien vom 9. bis 11. Januar verschiedene Konferenzen mit Mitgliedern der bulgarischen Regierung hinsichtlich der Ausführung der Moskauer Beschlüsse in Bezug auf Bulgarien. Bei diesen Konferenzen bestätigte die bulgarische Regierung wiederholt ihre volle Bereitwilligkeit, den obigen Moskauer Beschluß auszuführen. Wjtschinsky verhandelte ebenfalls mit Lutscheff und Petkoff, denen er die Frage vorlegte, einen Vertreter von ihren belagerten Parteien in die Regierung unter der Bedingung zu entsenden, daß diese Vertreter sich loyal gegenüber der bulgarischen Regierung und der National-Versammlung verhalten würden. Indem sie der Beantwortung dieser Frage verzögerten, haben Lutscheff und Petkoff, auf ihren Bedingungen (Auflösung der Nationalversammlung, Wechsel der Regierung) zu bestehen und verwarfen auf diese Weise den Beschluß der Minister für auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, der Vereinigten Staaten von Nordamerika und Großbritannien hinsichtlich Bulgarien.

Parteiitag in Italien

Rom (TASS). Das Zentralkomitee der Sozialistischen Partei, das am 10. Januar seine Tagung abgeschlossen hat, hat den Beschluß gefaßt, einen sozialistischen Parteiitag vom 3. bis 7. April 1946 einzuberufen.

Auf der letzten Sitzung der Tagung wurde mit einer Stimmenmehrheit von 20 Stimmen gegen 4 bei zwei Stimmenthaltenungen eine Resolution angenommen, die der Partei während der Gemeindevahlen eine Blockbildung und gemeinsame Liste mit anderen Parteien in dem Falle, wenn eine Blockbildung mit den Kommunisten „undurchführbar“ ist, zu vermeiden empfiehlt.

Das Ergebnis der Tagung wird in den politischen Kreisen als ein Sieg der Anhänger einer Union mit den Kommunisten unter den Parteilisten geteilt, die sich an dem aktiv werdenden Unionsgegner widersetzen konnten.

Um den französischen Verfassungsentwurf

Paris (TASS). Die kommunistische Delegation in dem Einigungs-komitee der Sozialisten und Kommunisten wandte sich an die Sozialisten mit dem Vorschlag, das Einigungs-komitee beider Parteien soll die Ausarbeitung des neuen französischen Verfassungsentwurfes übernehmen, da der von der Verfassungskommission der konstituierenden Versammlung ausgearbeitete Entwurf die demokratischen Kreise des Landes nicht befriedigt. Dieser Vorschlag der Kommunisten wird auf der Sitzung des Einigungs-komitees am 18. Januar beraten werden.

Fünf japanische Minister zurückgetreten

London (SNB). Nach einem Reuterbericht hat der japanische Premierminister, Kijuro Shidehara, auf Grund einer Verfügung General Mac Arthurs bekanntgegeben, daß fünf Minister, die während des Krieges hohe Posten innehatten, zurückgetreten sind.

Verlag und Druck: „Volksblatt“, Druckerei und Verlags-gesellschaft G. Braunhaus, 14/17, Telefon Nr. 7981, - Anschluß für die Redaktion des „Volksblatt“ Halle, Telefon Nr. 7981 und 34 000.
Redaktionskassa 23 Uhr. 8-10044



